

Deutschland.

Berlin, 23. September. In den nächsten Tagen ist die Publikation der Verordnung zur Einföhrung der Landgemeinde-Kreis- und Provinzial-Ordnung für Schleswig-Holstein sowie der Kreisordnung für Hessen zu erwarten. Bei der Entscheidung über ersteren sollen die von den Vertrauensmännern kund gegebenen Wünsche möglichst Berücksichtigung gefunden haben. Als Wahrscheinlichkeit ist die Genehmigung der Bildung eines Provinzialfonds für Schleswig-Holstein zu betrachten, nach Maßgabe der von den dortigen Deputirten gemachten Vorschläge. — Die Vermögens-Auseinandersetzung mit dem Herzog Adolph von Nassau ist bereits nach sichern Mittheilungen zum Abschluß gekommen unter voller Wahrung der Interessen der Provinz, auch die Verhandlungen mit König Georg von Hannover lassen nunmehr einen befriedigenden Abschluß erwarten. — Die Vertrauensmänner von Nassau werden in den nächsten Tagen zu den Beratungen über die Kreisordnung und den Kommunalantrag hier zusammentreten. Der Minister Graf zu Eulenburg hat zu diesem Zweck auch mit Herrn Braun eine Besprechung gehabt. — An den Beratungen der Schleswig-Holsteinischen Vertrauensmänner hat der Kronprinz, wie man hört, den lebhaftesten Antheil genommen und höchstdehnen Wünsche sollen von Einfluß auf die günstigen Entscheidungen gewesen sein. Durch Spezial-Vorträge des Landraths v. Zastrow hat der Kronprinz sich von dem Gang der Verhandlungen unterrichten lassen.

Berlin, 24. September. Sr. Maj. der König hat über die Weiterreise von Baden-Baden noch keine bestimmten Anordnungen getroffen; fest steht bisher nur, daß die Ankunft auf Schloß Lindich, bei der Stadt Hechingen am Fuße des Hohenzollernberges, am 2. Oktober erfolgt.

Nach einer königlichen Verfügung werden jetzt in Celle diejenigen Einwohner, welche bei dem Aufruhr am 19. Juli vorigen Jahres Schaden an Eigentum erlitten und sich deshalb wegen Erlasses an die Regierung gewandt haben, vollständig entschädigt; die Entschädigungsbeträge betragen zusammen über 3000 Thaler.

Das militärärztliche Personal der Armee, dessen etatsmäßige Stärke bisher nur zum Theil gedeckt ist, hat jetzt wieder eine Vermehrung erfahren durch Erstellung einer großen Anzahl von Aerzten aus der Civilpraxis als Assistenzärzte bei den verschiedenen Truppentheilen.

Für die Fußtruppen der Armee wird die durchgehende Einföhrung von Tuchhosen von graublauer Farbe beabsichtigt.

In Betreff der zukünftigen Standquartiere der im Laufe des nächsten Monats aus dem Königreich Sachsen zurückkehrenden letzten nach dort abkommandirt gewesenen preussischen Truppen verlautet, daß eine Zurückdirigirung des 48. Infanterie-Regiments nach den früheren Garnisonen Küstrin, Soldin u. s. w. beabsichtigt wird, dagegen das 6. Brandenburgische Infanterie-Regiment Nr. 52 nicht nach Posen und Schrimm zurückkehrt, sondern im Korpsbericht (III. Armeekorps) untergebracht werden soll. Für ein Bataillon des gedachten Truppentheils wird Lübben als zukünftige Garnison bezeichnet.

Morgen Mittag findet bei Sr. Excellenz dem Herrn Ministerpräsidenten Grafen Bismarck das erste parlamentarische Diner statt. Der Gesamtvorstand des Reichstages hat zu demselben Einladungen erhalten.

Die Adressdebatte wird heute damit beginnen, daß die von dem Abg. Miquel und dem Korreferenten Grafen Stolberg eingebrachten Entwürfe zurückgezogen und beide Referenten den dritten, von den Abgeordneten Regibi, v. Blandenburg und Braun (Wiesbaden) unterzeichneten Entwurf dem Reichstage zur Annahme empfohlen werden. Der Abgeordnete Kray (von der freien parlamentarischen Vereinigung) hat die Absicht, die einfache Tagesordnung zu beantragen, ausgegeben, dagegen soll Seitens der Partikularisten eine motivirte Tagesordnung vorbereitet werden.

Von dem Abg. Lasker und unterstützt von 31 Mitgliedern der national-liberalen Fraktion ist folgender Antrag beim Reichstage eingebracht worden: Der Reichstag wolle beschließen: dem nachstehenden Gesetz-Entwurf seine verfassungsmäßige Zustimmung zu geben. Gesetz betreffend die vertragmäßigen Zinsen. Wir Wilhelm, von Gottes Gnaden König von Preußen u. c., verordnen im Namen des norddeutschen Bundes, nach erfolgter Zustimmung des Bundesrathes und des Reichstages, was folgt: § 1. Die Höhe der Zinsen, so wie die Höhe und die Art der Vergütung für Darlehne und andere kreditirte Forderungen, ferner Konventionalstrafen, welche statt der Zinsen für die verspätete Rückzahlung eines Darlehns oder einer sonst kreditirten Forderung zu leisten sind, unterliegen der freien Vereinbarung. Die entgegenstehenden privatrechtlichen und strafrechtlichen Bestimmungen werden aufgehoben. § 2. Darlehne und andere kreditirte Forderungen, deren Zinsfuß sechs Prozent auf das Jahr übersteigt, kann der Schuldner, auch wenn ein späterer Zahlungstermin verabredet ist, jeder Zeit kündigen und nach Ablauf einer sechsmonatlichen Frist zurückzahlen. Die Vorschrift des zweiten Altines des Artikels 292 des deutschen Handelsgesetzbuchs bleibt durch diese Bestimmung unberührt. § 3. Wird die Zahlung eines Darlehns oder einer anderen kreditirten Forderung verzögert, so biebt auch für die Zögerungszinsen der bedungene Zinsfuß maßgebend, sofern derselbe höher ist, als die gesetzlich bestimmten Zögerungszinsen. § 4. Die privatrechtlichen Bestimmungen in Betreff der Zinsen von Zinsen und die Vorschriften für die gewerblichen Pfandleih-Anstalten werden durch dieses Gesetz nicht geändert. § 5. Den Landesgesetzen bleibt vorbehalten, zu bestimmen, daß die im § 2 dieses Gesetzes eingeräumte Kündigungsbefugniß des Schuldners gänzlich wegfalle, oder daß ein höherer Zinsfuß, als sechs Prozent, oder eine längere Kündigungsfrist, als sechs Monate, für die bezeichnete Befugniß maßgebend sei.

So weit einzelne Landesgesetze Bestimmungen enthalten, welche die erwähnte Kündigungsfrist des Schuldners ausschließen, oder in der bezeichneten Weise beschränken, bleiben dieselben in Gültigkeit, bis sie auf dem verfassungsmäßigen Wege des betreffenden Landes, oder durch ein Bundesgesetz abgeändert werden.

Urkundlich u. c.
— Die Fraktion des Centrums des Reichstages hat sich jetzt provisorisch konstituiert; es haben sich derselben 11 Mitglieder bis jetzt angeschlossen. Eine definitive Konstituierung ist um deswillen noch nicht vorgenommen worden, weil die Frage, ob sich die Fraktion mit derjenigen der Freikonservativen verschmelzen werde, sich noch in der Schwebe befindet, und vor der Rückkehr des Herzogs von Ujest, welche Ende dieser Woche erfolgen dürfte, auch nicht zum Austrag kommen wird.

— Die Fraktion der Fortschrittspartei hat in ihrer heute Vormittag stattgehabten Sitzung folgenden Antrag des Abg. Schulze-Delitzsch angenommen: Der Reichstag wolle beschließen, dem nachstehenden Gesetz-Entwurf seine verfassungsmäßige Zustimmung zu geben: „Wir, Wilhelm von Gottes Gnaden u. c., verordnen im Namen des norddeutschen Bundes, nach erfolgter Zustimmung des Bundesrathes und des Reichstages, was folgt: § 1. Alle Verbots- und Strafbestimmungen gegen Arbeitgeber, oder Arbeiter sämmtlicher Gewerbezweige einschließlic der Landwirtschaft, des Berg- und Hüttenbetriebes, der Stromschiffahrt, des Gefinde- und Tagelohnbetriebes wegen Verabredungen und Vereinigungen zum Behufe der Erlangung günstiger Löhne und Arbeitsbedingungen, insbesondere mittelst Einstellung der Arbeit und Entlassung werden aufgehoben. § 2. Ferner werden aufgehoben: 1) solche Beschränkungen, welche der Freiheit der Arbeitgeber in der Annahme von Arbeitern, sowie der Freiheit der Arbeiter in der Wahl der Arbeitgeber durch Forderung handwerksmäßiger Qualifikationsnachweise noch entgegenstehen; 2) diejenigen Strafbestimmungen, welche gegen die im § 1 bezeichneten Arbeiter wegen Verletzung der Arbeit- und Dienstverträge anders, als in dem gemeinen, in den betreffenden Orten geltenden, Eivilrechte den Kontraktbruch treffenden Folgen festsetzen. § 3. Das gegenwärtige Gesetz gilt für den ganzen Umfang des norddeutschen Bundesgebietes. Alle damit in Widerspruch stehenden Verordnungen und Gesetzesbestimmungen in den einzelnen Bundesstaaten treten 14 Tage nach Publikation desselben außer Kraft. Urkundlich u. s. w.“

Hannover, 22. September. Gestern fand die feierliche Eröffnung des Provinzial-Landtages statt, welcher ein Gottesdienst in der Schloß- und in der katholischen Kirche voranging. Gegen 1 Uhr trat der Herr Oberpräsident, Graf zu Stolberg Erlaucht, geleitet von den beiden Landmarschällen, Graf Münster Erz. und Rud. v. Bennigsen, und gefolgt vom Herrn Geh. Reg.-Rath Hardenberg und Reg.-Rath Küster, in den Saal des Ständehauses ein, in welchem sich die Landtagsmitglieder mittlerweile versammelt hatten, und verlas die nachfolgende Eröffnungsrede: „Hochgeehrte Herren! Es ist ein ernster und bedeutungsvoller Augenblick, in welchem Sie zum ersten Mal als Vertreter der Provinz sich hier versammeln. Nachdem durch die folgenschweren Ereignisse des vorigen Jahres Hannover ein Glied der preussischen Monarchie geworden, hat Sr. Maj. der König in huldvoller und gerechter Würdigung der ausgesprochenen Wünsche des Landes schon jetzt eine provinzialständische Vertretung desselben anzuordnen geruht und dieser den Beruf und die Aufgabe gestellt, die Interessen der Provinz als verfassungsmäßiges Organ zu vertreten. Vorzugswelche wird die Pflege der wirtschaftlichen Interessen das Gebiet sein, auf welchem sich demnächst ihre Wirksamkeit in erspriehlicher Weise betätigen kann. Dem Provinzial-Landtag ist Raum geboten, auf diesem Felde sich in eigenem Schaffen und eigener Verwaltung zu bewegen; und im Hinblick auf diese Aufgaben hat die K. Staatsregierung die Zusammensetzung des Provinzial-Landtags bemessen zu sollen geglaubt. Wenn sich daraus zunächst das Bedürfnis einer besondern Vertretung der städtischen und der ländlichen Interessen, und in letzterer Beziehung wiederum derjenigen des größeren und des kleineren Grundbesitzes ergab, so ist es der Königl. Staatsregierung in hohem Grade erwünscht gewesen, diese Elemente in der Mehrzahl der bestehenden Landschaften im Wesentlichen vorzufinden. Sie hat bei der Gestaltun der Provinzialvertretung dem Grundfah, das Neue aus dem Bestehenden, soweit es die entwicklungsfähigen Keime dazu birgt, herauszubilden, folgen und dem Provinzial-Landtage eine auf vorhandenen Korporationen beruhende Organisation geben können. Die Staatsregierung hat das beobachtete Verfahren um so unbedenklicher einschlagen zu dürfen geglaubt, als gleichzeitig die Einleitung getroffen ist, die Mängel in der Zusammensetzung einiger Landschaften, welche diesem Zweck hinderlich erscheinen, zu verbessern. Meine Herren, die Regierung wird Ihnen durch mich bestimmte Vorlagen von provinzialer Wichtigkeit zugehen lassen, deren gewissenhafter Berathung sie mit Vertrauen entgegensteht; sie erwartet außerdem Ihre Vorschläge und Anträge in Betreff der, der ständischen Verwaltung zu überlassenden Institute, indem sie von solcher Einrichtung, die in den älteren Landestheilen sich bereits vortheilhaft bewährt hat, sich eine frische, thätigste Sorge für die gemeinnützigsten Angelegenheiten der Provinz verspricht. Die königliche Staatsregierung wird Ihnen zum Ausdruck gelangenden Wünschen, so weit dieselben mit den Rücksichten des allgemeinen Staatswohls vereinbar sind, gern willfahren; sie läßt sich dabei von der Ueberzeugung leiten, daß ein großer Staatsorganismus namentlich auch in lebensvoller Thätigkeit in den Provinzen seine Grundlage und Unterstützung zu suchen hat. Wenn die neue Institution des Provinzial-Landtags nunmehr in's Leben tritt, wenn die hannoversche Bevölkerung Gelegenheit erhält, an der Regelung ihrer öffentlichen Angelegenheiten Theil zu nehmen, so ist die königliche Staatsregierung überzeugt,

daß die den Ständen zugewiesenen Rechte und Pflichten im Geiste wahrer Vaterlandsliebe, vorurtheilsfreier Einsicht und weiser Mäßigung werden ausgeübt werden. Gottes Segen wolle Ihre Beratungen begleiten und dieselben zum Heile des Vaterlandes, zum Wohl der Provinz gereichen lassen. Mit diesem Wunsch erkläre ich im Allerhöchsten Auftrage den ersten hannoverschen Provinzial-Landtag hiermit für eröffnet.“

Frankfurt, 20. September. Es hatte anfänglich den Anschein, als werde der Norden Deutschlands in der Versammlung deutscher Naturforscher und Aerzte schwächer vertreten sein, als der Süden. Das zweite mit der Zahl 615 abschließende Verzeichniß der Mitglieder zeigt das Gegentheil, auch wenn wir Oesterreich bei dem Süden und nicht überhaupt besonders in Rechnung bringen wollten. — Das gestrige Festkonzert, von der Museums-Gesellschaft der Naturforscher-Versammlung unter Mitwirkung des Cäcilienvereins und des Theater-Orchesters gewidmet, war jedenfalls ein Glanzpunkt in der Reihe der Festlichkeiten. Nach dem Konzerte gab es Thee und Konfituren, und entfaltete sich vor den mitunter erlauchten Blicken mancher einfacher Naturforscher der ganze Glanz Frankfurter Toiletten. Ein Tanz schlo sich an, wobei es nur der Liebhaber zu viele, des Raumes zu wenig gab. In der heutigen Sitzung wurden zuerst geschäftliche Mittheilungen gemacht, von welchen wir nur eine erst jetzt bekannt gewordene Stiftung eines alle vier Jahre zu ertheilenden Preises von 300 Fl. für Entwicklungs-Geschichte der Kinder-Krankheiten, vor zwei Jahren gelegentlich des 50jährigen Doctor-Jubiläums des Geheimen Hofraths Dr. Siebel dahier entstanden, erwähnen. Der Antrag Birchow's hatte auch die Logen mehr mit Damenwelt gefüllt. Es war nicht sowohl ein Exkurs „über die Fortschritte der Pathologie“, als vielmehr eine klare und mit gewohnter Schärfe durchgeführte Verteidigung der Pathologie an der Hand ihrer Fortschritte gegen die zu geringe Achtung und Beachtung von Seiten der anderen Naturforscher, namentlich Physiker und Chemiker, und die mit Erfolg nachgewiesene Berechtigung für die Forderung, daß beide sich als Mitkämpfer auf dem gemeinsamen Boden betrachten sollen. Die mineralogische und geologische Abtheilung macht erst heute ihren Ausflug nach Steinheim. Die Sektion für Gesundheitspflege wird sich heute mehr auf das Gebiet der praktischen Lösungs-Versuche ihrer Aufgabe begeben.

München, 22. September. Der Tag, an welchem das Abgeordnetenhaus durch Genehmigung der mit Preußen abgeschlossenen Verträge die Brücke, auf welcher Süddeutschland zum norddeutschen Bunde geföhrt wird, zu schlagen beginnt, rückt immer näher. Die ohnmächtigen Anstrengungen der Ultramontanen, den Anschluß zu verhindern, mehren sich. Die Blätter dieser Preußenfeinde fordern ihre Leser in zudringlichster Weise zur Unterschrift der gegen den Anschluß an Preußen gerichteten Adresse auf. Der Inhalt dieses Machwerkes gipfelt übrigens in folgender Stelle: Wir bitten daher Eure Königl. Majestät, daß Allerhöchstdieselben allergnädigst geruhen wollen, kraft des verfassungsmäßigen Königl. Rechtes die gegenwärtige Kammer der Abgeordneten aufzulösen und durch Anbefehlun der Ausschreibung neuer allgemeiner Wahlen für treues Volk in die Lage zu versetzen, sich solche Vertreter zu wählen, die seinen Gestimmungen und seinem Willen entsprechend fest und entschieden für die Erhaltung Baierns als souveränen monarchischen Staates einstehen, nicht aber Krone und Land und Volk dem Großpreussenthum zu überliefern arbeiten. Diese Agitation nützt aber Nichts. Wenn auch nicht mit solcher Majorität, wie in der badischen Kammer, werden die Verträge mit Preußen auch in der unfrigen genehmigt werden.

Ausland.
Wien, 21. September. Die officiösen Federn triumphiren bereits über den angeblichen Abschluß der Deputationsverhandlungen, aber bisher haben die Deputationen ihre Zustimmung zu den finanzministeriellen Vorschlägen erst nur im Prinzip ausgesprochen und die Subkommissionen derselben haben noch eine ganze Reihe erheblicher Differenzen zu regeln, ehe an das Schlussvotum gedacht werden kann. Die Sache liegt nunmehr belläufig in nachstehender Weise. Die beiden Deputationen haben den Vorlagen der Regierung im Prinzip zugestimmt, aber die reichsräthliche Deputation glaubte in der gemeinsamen Berathung der Subkommissionen bemerken zu müssen, daß erstlich die in Aussicht gestellte Umfinkation der Staatsschuld nur unter voller Berücksichtigung der Rechte der Staatsgläubiger durchgeführt werden könne, ferner, daß ein Betrag fixirt werde, mit welchem Ungarn nach dem Jahre 1868, möge die Umfinkation der Staatsschuld realisirt sein oder nicht, sich an der Zahlung der Staatsschuldzinsen betheiligen wird. Die letztere Bemerkung hat Herr v. Lonyay schon in der gestrigen Subkommissions-sitzung mit der Erklärung erledigt, daß Ungarn für die Jahre 1868—69 die vorläufig vereinbarte Quote von ungefähr 39 Mill. vom letzten Dezember 1869 an aber auf alle Fälle hin 33 Mill. zu den Zinsen der Staatsschuld beisteuern wird. Diese Erwidernng soll heute von der reichsräthlichen Deputation in Erwägung gezogen werden, und von deren Annahme hängt eigentlich noch das Zustandekommen des Ausgleichs ab.

Der Kaiser hat sich heute auf mehrere Tage nach Ischl begeben, von dem Ausfluge nach Ungarn scheint mithin vor der Hand abgesehen zu sein. Man erzählt zwar, die Kaiserin werde sich an der Reise nach Paris nicht betheiligen, sondern gegen Ende dieses Monats einen längeren Aufenthalt im Lustschloß Gödöllö nehmen, aber auch diese Angabe bedarf der Bestätigung, denn glaubwürdige Briefe aus Pesth schildern die dortige Stimmung als so bedenklich, daß, so lange in dieser Beziehung keine Besserung eintritt, die Anwesenheit der Kaiserin in der Nähe Pesth's nur Verlegenheiten im Gefolge haben könnte.

Wien, 23. September, Abends. Wie die Wiener „Abend-

post" versichert, hat die Reise des vorgestern mit seiner Familie hier eingetroffenen Französischen Generals Fleury keinerlei politischen Zweck und ist lediglich als eine Vergnügungsreise anzusehen. — Gegenüber der in mehreren Zeitungen aufgestellten Behauptung, Admiral Tegethoff werde, falls ihm die Auslieferung der Leiche Maximilian's verweigert werde, einen mexikanischen Hafen bombardieren, erklärt dasselbe Organ wiederholt, daß die Sendung Tegethoff's eine friedliche sei, und der Admiral keinerlei Gewaltmaßregeln zur Erreichung des Zweckes seiner Mission anwenden werde.

Wien, 23. September, Abends. Die heutige "Debatte" erzählt, daß in der finanziellen Ausgleichsverhandlung mit Ungarn ein vollständiges Einvernehmen der Subcomit's der betreffenden Ausgleichs-Deputationen erzielt worden ist. Unter dem Titel der gemeinsamen Angelegenheiten zählt Ungarn 23 Millionen Gulden in die Reichskasse. — Die Leistung Ungarns aus dem Staatsschuldentitel befreit sich mit 33 Millionen. Die Frage wegen der Amortisation der Staatsschuld, sowie wegen des Wegfalls eines Theiles der Amortisation soll fast ausschließlich der österreichischen Regierung und Gesetzgebung zur Entscheidung überlassen bleiben. — Morgen sollen beide Deputationen zur Redaktion des Schlupprotokolls zusammentreten. — Großfürst Wladimir ist, von Livadia kommend, auf seiner Rückreise nach Petersburg heute hier eingetroffen. — Der Reichsrath hat seine Sitzungen wieder aufgenommen.

Paris, 21. September. Der Minister der auswärtigen Angelegenheiten hat den von ihm inspirirten Blättern und auch der offiziellen Correspondance Havas für die Provinzen den Auftrag erteilt, möglichst wenig Aufhebens von dem Rundschreiben des Grafen Bismarck zu machen und demselben keine ungünstige Deutung zu geben. Der "Etendard" hat dieser Parole schon gestern gehorcht und der "Constitutionnel" von heute Morgen that ein Gleiches. Die "Patrie" schweigt und wird erst ihre Meinung über das Schlüsselstück, das die öffentliche Meinung in Frankreich in so hohem Grade beschäftigt, zu erkennen geben, nachdem sie bestimmte Weisung aus Biarritz erhalten hat. Es ist wahrscheinlich, daß die Regierung bei ihrer ersten Auffassung bleibt; sie kann es nicht wünschen, daß schon jetzt ein heftiger Kampf in der Presse beginne, selbst wenn sie die Absicht hätte, nicht immer so gute Miene zum bösen Spiele zu machen. Die "Epoque" läßt sich den Bären anbinden, Graf v. d. Solk sei bloß nach Biarritz gegangen, um dem Kaiser Aufklärungen über das Rundschreiben zu geben, was der Kaiser gefannt habe, noch ehe dasselbe versandt worden war. Die "Patrie" dagegen meldet der Wahrheit gemäß, daß der preussische Gesandte gar keine Sendung habe und, wie in früheren Jahren, auch in diesem seine Urlaubszeit in jenem Seebade verbringe. Die Oppositionsblätter führen eine sehr heftige Sprache und das Rundschreiben dient ihnen zum willkommenen Vorwande.

Paris, 22. September. Am 27. Oktober findet im Palais des Champs Elysees unter dem Vorsitz der Kaiserin eine Festlichkeit statt, welche der "Moniteur" als "die Krönung der Ausstellung" bezeichnet, die Verteilung der Preise durch den Verein zum Schutze der in Fabriken angewendeten Kinder und Lehrlinge. Preise erhalten diejenigen Fabrikanten, die zur Verbesserung der moralischen und physischen Haltung, wie zur erworbligen Vervollkommenung dieser Kinder am meisten beigetragen haben. Es werden Fabrikanten, Werkführer, Arbeiter u. s. w. nebst den Kindern zur Beteilung an diesem Feste aufgeführt.

Die Einnahmen der Ausstellung vom 1. April bis zum 10. September betragen nach der angestellten Berechnung 7½ Mil. Francs. Um nun die Summe von 9 Millionen zu erlangen, die zur Deckung der gesammten Kosten nöthig sind, müßten während der sieben Wochen bis zum Schlusse der Ausstellung noch 1½ Million einkommen und dem Anscheine nach wird dies Resultat auch erreicht werden.

London, 23. September, Abends. Bei Cork haben wegen Befreiung der Fenier in Manchester FreudenDemonstrationen stattgefunden. — Zufolge "Pall Mall Gazette" soll das Parlament im Laufe des Monats November einberufen werden. Die Regierung wird von demselben die Mittel zur abyssinischen Expedition fordern.

Auf **Malta** hat am 19. September Abends 5 Uhr 25 M. ein Erdbeben in drei Stößen stattgefunden. Am 20. Sept. früh 4 Uhr 45 Min. folgte eine nochmalige Erschütterung, doch ist kein Schaden geschehen.

Florenz, 16. September. Endlich ist man hier auf die Idee verfallen, einen Prinzen von Ghiberti als Administrator nach Palermo zu schicken, der unter der Regide der Unverantwortlichkeit das Gouvernement übernehmen und jährlich in seiner Residenz 5 bis 600,000 Francs ausgeben soll. Indes begegnet auch die Ausführung dieses Planes mancherlei Schwierigkeiten, denn einerseits liebt der König nicht, daß ein Mitglied seiner Familie der Gefahr ausgesetzt werde, unpopulär zu werden und andererseits ist es fraglich, ob der Herzog von Aosta viele Lust hat, seine Residenz in Palermo aufzuschlagen, da er eine Vorliebe für den Norden der Halbinsel hegt.

Eine Angelegenheit, mit deren Details unsere sämtlichen Journale sich gegenwärtig beschäftigen, ist die Entdeckung großartiger Unterschleife von Seiten der Douanenbeamten in Neapel. Man berechnet, daß sich die wahrhaft systematisch betriebenen Defraudationen seit dem Jahre 1861 auf jährlich 5 Millionen belaufen. In sechs Jahren wurden also dem Staate 30 Millionen gestohlen. Die Regierung, resp. General Dourando, der Präfekt von Neapel, hat sich begreiflicher Weise nach diesen Entdeckungen zu sehr energischen Schritten bewegen gefunden. Augenblicklich hat der General eine doppelte Untersuchung, eine gerichtliche und administrative, angeordnet. Auch wurden der Departemental-, sowie der Lokal-Direktor und 180 Beamte der Douane sofort vom Amte suspendirt, die Unterbeamten ohne Weiteres verabschiedet. Aus Piemont ließ man in größter Eile Douanenbeamte kommen, um in Neapel ferner keine Eingebornen im Douanendienst verwenden zu müssen. Es ist selbstverständlich, daß auch mehrere Verhaftungen vorgenommen wurden.

Rumanien. Der Justiz- und der Kriegs-Minister Argiro-poulos und Adrian sind am 19. September in Jassy eingetroffen. Sie sollen die Untersuchung über die letzthin dort vorgefallenen Excesse leiten.

Mexiko. Die nordamerikanische Regierung hat jetzt die in Beziehung auf den Kaiser Maximilian geführte Correspondenz der Öffentlichkeit übergeben. In einem ersten vom 6. April 1867 datirten Altensstücke schreibt der österreichische Gesandte in Washington,

Herr v. Wydenbrugg an Herrn Seward, daß das Schicksal der Gefangenen von Zacatecas den Kaiser Franz Joseph für das Leben seines Bruders besorgt mache, und er sucht die freundschaftliche Intervention der Vereinigten Staaten zu Gunsten der Gefangenen nach, welche die Quaranten fortan zu machen könnten. Herr Seward entspricht dem Ersuchen des österreichischen Gesandten und erläßt die geeigneten Weisungen an Hrn. Campbell. Am 28. Mai fragt Herr v. Wydenbrugg Herrn Seward, ob es wahr sei, daß Maximilian gefangen genommen worden. Auf die beruhende Antwort telegraphirt er die Thatsache nach Wien und Herr v. Beust befehlt ihm an demselben Tage, Herrn Seward zu ersuchen, daß die amerikanische Regierung sich für die Freilassung Maximilians verwalde. Neues und dringenderes Ersuchen des Herrn v. Beust am 20. Juni. Der Staatssekretär antwortet in zwei Zellen, daß die guten Dienste der Vereinigten Staaten für die Sache gewonnen sind. Am 21. Juni bittet Herr v. Beust Herrn Seward, in Mexiko mitzutheilen, daß Franz Joseph darin willige, Maximilian seine Erbrechte auf die Krone von Oesterreich wiederzugeben. Herr Seward antwortet am 1. Juli, also nachdem eben die Kunde von der Hinrichtung Maximilians eingetroffen war:

Ich ergreife den ersten gelegenen Augenblick nach meiner Rückkehr aus Boston, um Sie zu benachrichtigen, daß ich unmittelbar vor meiner Abreise von hier, am 21. Juni, auf Weisung des Präsidenten der Vereinigten Staaten dem Präsidenten Juarez von Mexiko telegraphisch den Vorschlag Sr. K. R. Majestät von Oesterreich mittelte, nach welchem Sr. Majestät den Prinzen Maximilian in alle seine Besitzrechte als Erzherzog von Oesterreich wieder einsetzen will, sobald der Prinz in Freiheit gesetzt werden und auf immer seinen Plänen in Mexiko entsagen würde. — Noch früher, nämlich am 15. Juni, hatte ich in gleicher Weise den Telegraphen benützt, um den Präsidenten Juarez von den Bitten J. Maj. der Königin von England und des Kaisers der Franzosen, die sie an unsere Regierung für deren gute Dienste zu Gunsten des Prinzen Maximilian richteten, in Kenntniß zu setzen. — Diese Mittheilung mag vielleicht Ihren, wenn auch geringen, Werth zur Milderung der Trauer haben, welche die eben aus Mexiko eingetroffene Nachricht hervorrufen muß.

Französischerseits beschränkten sich die Bemühungen für die Rettung Maximilians auf folgende Depeschen des Herrn Dux, amerikanischen Gesandten in Paris, vom 1. Juni: "Auf besondere Veranlassung des Kaisers bediene ich mich des Telegraphen, um Ihnen seinen innigen Wunsch mitzutheilen, daß die Regierung der Vereinigten Staaten ihren ganzen Einfluß geltend mache, um bei denen, welche Maximilian gefangen genommen, die Schonung seines Lebens zu erwirken." — Der Rest der Correspondenz beweist sich um die Verdrigung und die Rückerstattung des Leichnams des hingerichteten Fürsten. Die Frage ist noch nicht geregelt. In diesem Falle, wie in dem übrigen, verspricht Herr Seward seine guten Dienste.

Pommern.

Stettin, 24. September. Das im heutigen Morgenblatte erwähnte Feuer war gestern Abend nach 11 Uhr in einem Hause auf dem Grundstück des Zimmerpolters Jordan, Neustraße Nr. 6 zu Gradow a. D. in einem Raume ausgebrochen, in dem Brennmaterialien und Handwerkszeug des Besitzers lagerten. Das Gebäude ist nach Versicherung der Frau Jordan gestern während des ganzen Tages nicht betreten worden und scheint demnach die Vermuthung begründet zu sein, daß eine vorsätzliche böswillige Brandstiftung vorliegt, wenn sich in dieser Beziehung bisher auch etwas Näheres nicht hat ermitteln lassen. Der Brand wurde mit Hilfe der hiesigen Feuerwehr gedämpft; es ist der mit 400 Thlr. bei der "Providentia" versicherte Stall nur theilweise, eine unmittelbar an demselben und unter demselben Verbände aufgeführte kleine Remise total abgebrannt.

Vorgestern erschien die unverheiratete Friederike Giese aus Neu-Dorney in einem hiesigen Cigarrenladen und entnahm dort unter der unrichtigen Angabe, daß sie bei dem Rentier Schulz in der Breitenstraße wone, für dessen Rechnung 25 Stück Probe-Cigarren, außerdem für eigene Rechnung noch 50 Stück andere Cigarren, Tabak, Tabopfeife u. s. w. unter dem Versprechen, diese Gegenstände am Abend zu bezahlen, wenn sie für ihren Herren eine gleichzeitig bestellte Kiste Cigarren abholen werde. Als der Betrug ermittelt wurde, besaß die Giese nur noch einen kleinen Rest der erschwundenen Waare, welche in Beschlag genommen ist.

Gestern gegen Mittag ist wiederum ein dem Korbmachermeister Hännig auf Grünhof gehöriger Hund, bei dem sich die Tollwuth in ganz kurzer Zeit zu einer bedeutenden Höhe entwickelt hatte, durch den Scharfrichter getödtet worden.

In der Zeit vom 16. bis 18. d. ist von dem am Krebsmannschen Holzbofe in Gradow liegenden Briggschiff "Reform", Kapitän Pust aus Ganserin, eine metallene Schiffsglocke im Werthe von 15 Thlr. gestohlen. — Gestern Mittag wurde der Arbeiter Friedrich am Bohlwerk auf der Silberwiese ergriffen, als er aus dort lagernden, den Kaufleuten Günther, Behrendt u. Co. gehörigen Baumwollenballen ca. 3 Pfund Baumwolle entwendet und dieselbe unter seinen Kleidungsstücken am Leibe versteckt hatte. — Ebenso ist gestern gegen Abend der bereits mehrfach bestrafte Arbeiter Pöhlke am Bohlwerk bei dem Diebstahl von 40 Pf. Rohseisen von der Ladung des englischen Dampfers "Dresden" ertappt worden.

Unter den Erleichterungen, welche die Königl. Post-Verwaltung dem korrespondirenden Publikum in näher Zeit zu gewähren beabsichtigt, ist die Aufhebung der Beschränkung, daß die Post-Anweisungen, sofern dieselben für die ermäßigte Gebühr Beförderung erhalten sollen, mit keinerlei sonstigen Mittheilungen versehen sein dürfen. Dies ist besonders anerkennenswerth, da die von den betreffenden Beamten brochantete Strenge in Ansehung der Innehaltung jener Vorschrift mannichfache Unbequemlichkeiten für das Publikum mit sich führt.

Rügenwalde, 22. September. Der Postexpediteur Rapp zu Panfain ist in diesen Tagen wegen Unterschlagung von Passagiergeldern zu Zanow verhaftet. Ob Nahrungsvorgen oder andere Motive ihn zu dem Verbrechen verleitet, ist zur Zeit unbekannt. — In voriger Woche fiel ein beim Vordardschen Speicher hier beschäftigter Zimmermann aus Schlawe im Innern des Gebäudes vom dritten Stock so unglücklich, daß er in Folge von Verletzung der edleren inneren Theile nach wenig Stunden im Lazareth starb.

Ihn betrauern die Gattin und vier Kinder. — Dem Vernehmen nach soll schon früh im Interesse des reisenden Publikums zu Karwitz bei Schlawe eine Poststation errichtet werden; mit der Kösliner Post von oder nach hier Reisende brauchen dann nicht erst nach Panfain und später mit der andern Post zurück befördert werden; auch wird nach Vollendung der bald in Angriff zu nehmenden Eisenbahnstrecke Köslin-Stolz die Poststation Panfain eingehen.

Anclam, 23. September. (Dd.-Z.) Gestern um 11 Uhr Abends wurden wir durch ein plötzlich in der Breitenstraße vor dem Steinthor aufgegangenes Feuer erschreckt. Ein ganzes Gehöft, Eigenthum des früheren Rathsmaurermeisters, jetzigen Rentiers Arndt, ist mit Wohnhaus und sämmtlichen Ställen und Scheunen niedergebrannt. Versichert ist dasselbe in dem Altpommerschen Feuerversicherungsverbande. Nicht unbedeutend ist der Verlust an dem mitverbrannten Getreide, Stroh und Heu, das gewiß nicht versichert ist. Nach den Erzählungen von Personen, welche das Feuer haben aufgehen sehen, muß man annehmen, daß dasselbe an mehreren Stellen angelegt worden sei. Hätte sich der Wind nicht gelegt gehabt, und hätte es nicht geregnet, so hätte das Unglück sehr groß werden können, denn in der Nähe befinden sich leider noch immer viele mit Stroh und Rohr gedeckte Gebäude. Auch die niedergebrannten hatten keine andere Bedeckung.

Bemerktes.

(Kampf mit einem Bären.) In den Rabauer Gebirgen (in Siebenbürgen) werden alljährlich sehr interessante Treibjagden abgehalten. Von der heuer stattgefundenen erzählt ein Teilnehmer folgenden Vorfalle: Unter Andern verfolgten die Hunde einen alten Bären, dessen bloßes Erblicken aus der Ferne schon geeignet war, ein Jagdstieber hervorrufen. Trotz aller Furcht vermutet der Bär so vorsichtig die Jäger, daß wir zu keinem sicherem Schuß gelangen konnten, und so geschah es, daß derselbe bloß einen Streifschuß erhielt, worauf der Bär in eine fürchterliche Wuth gerieth und auf einen der Jäger sich stürzte. — Wir hörten zwei Schüsse fallen und eine verzweiflungsvolle Stimme. Der angefallene Jäger hatte schlecht getroffen. Bis wir uns, um schnell Hilfe zu bieten, in die Nähe des Ortes, von wo der Schrei kam, begeben hatten, war unser Jäger vom Bären bereits umarmt worden. Bär und Mensch waren gleichförmig mit Blut bedeckt, und als wir auf Schußweite vom Plage noch entfernt waren, hörten wir nur noch ein Aechzen. Der Bär hatte noch Kraft und schleppte sich mit dem Jäger in die Nähe eines Abgrundes. — Zu schießen war unmöglich und jede Hilfe vergebens, da nur noch einige Schritte bis zum Abgrunde fehlten. In einem Augenblicke verschwanden vor unseren Augen die beiden Kämpfer. Ein schreckliches Gebrüll verkündete, daß der Bär im Fallen nach unten zu liegen gekommen war. Als wir an Ort und Stelle gelangten, fanden wir unsere Voraussetzung bestätigt. Die Kämpfer waren aus einer Höhe von sieben Klaftern gefallen, der Bär lag zu unterst und war todt, der Jäger hingegen lag bewußtlos in den Armen des Bären. Es kostete viel Mühe, bis wir den Unglücklichen wieder zu sich brachten, jedoch ist Hoffnung vorhanden, ihn am Leben zu erhalten.

Viehmärkte.

Berlin, Am 23. September c. wurden an Schlachtwiehe auf hiesigen Viehmarkt zum Verkauf aufgetrieben:
An Rindvieh 1354 Stück. Die Ankäufe nach den Rheinlanden waren weniger stark als vorwöchentlich; 100 Pfund Fleischgewicht, beste Qualität wurden mit 16—17 Thlr., mittel 13—15, ordinäre 10—12 Thlr. bezahlt.
An Schweinen 2535 Stück. Der Handel war ziemlich lebhaft, beste keine Kennwaare, welche in bedeutender Anzahl vorhanden war, erhielt den Preis von 17—18 Thlr. pro 100 Pfund Fleischgewicht.
An Schafvieh 9132 Stück, welche nur mittelmäßige Durchschnittspreise erzielen konnten, dennoch konnten die Bestände nicht aufgeräumt werden.
An Kälbern 581 Stück, welche zu auffallend hohen Preisen verkauft wurden.

Schiffsberichte.

Zwinmünde, 23. September, Nachmittags. Angelommene Schiffe: Geritina Jacobina, Bantelo von Bergen. Fredeen, Agafen von Wid. Gerlina, de Bries von Bremen. Australia, Range; Alwina, Christensen von Hamburg. Gustav, Schauer von Sunderland. Dorothea, Radmann; Ernestine Wilhelmine, Hohensang von Friedrichsort. Maria, Krull von Kopenhagen. Wind: W. Newier 14½ F. Strom ausgehend.

Börsen-Berichte.

Stettin, 24. September. Witterung: trübe, Nachts starker Regen. Temperatur + 15° R. Wind: W.

An der Börse
Weizen schließt matter, loco per 2125 Pfd. gelber 86—99 R. bez., feiner 100 R. bez., 83—85 Pfd. gelber September 99½ R. bez., Septbr.-October 94, 93½ R. bez., October-November 90 R. bez., Frühjahr 87 R. bez., Br. u. Ob.
Roggen höher bezahlt, schließt etwas niedriger, pr. 2000 Pfd. loco 68—74 R. bez., Sept. 72 R. bez., September-October 70, 69½ R. bez., 69½ R. bez., October-November 67½ R. bez., Frühjahr 63, 62½ R. bez., Br. u. Ob.
Gerste loco per 70 Pfd. schlesische 49, 50½ R. bez., mährische 50—51 R. bez., feine 51½, 52 R. bez., ungarische 43, 50 R. bez., Dvabruch 47 R. bez.
Hafer loco pr. 50 Pfd. 32—33½ R. bez., 47—50 Pfd. September 32½ R. Ob., Frühjahr 32½ R. bez.
Erbsen loco 65—69 R. bez.
Kappeln loco 11½ R. bez., 2 R. Br.
Winterraps per 1800 Pfd. 82—86 R. bez.
Winterrüben 81—84 R. bez., September-November 85 R. Br.
Dotter 66—68 R. bez.
Petroleum loco 7½ R. Br.
Käse d. d. behauptet, loco vom Lager 11½ R. Br., September-October 11½ R. bez., October-November 11½ R. Br., November-December 11½ R. Br., April-Mai 11½ R. Br. u. Ob.
Spiritus m. m. loco ohne Faß 22½ R. bez., September 22 R. Br., Septbr.-October 21½ R. Br., 21½ R. Br., 1½ R. bez. u. Ob., October-November 19½ R. bez., Frühjahr 18½ R. Ob.
Regulirungspreise: Weizen 99½, Roggen 72, Rüböl 11½, Spiritus 22.

Hamburg, 23. September. Getreidemarkt. Weizen und Roggen loco ruhig, reichliches Angebot, ab auswärtigen Häfen geschäftlos, Termine höher. Weizen per September 5400 Pfd. netto 166 Br., 165 Ob., pr. Herbst 159 Br., 158 Ob. Roggen pr. September 5000 Pfd. Brutto 118 Br. u. Ob., per Herbst 116 Br., 115 Ob. Hafer ruhig. Del loco 24½, per October 24½, per Mai 25½. Spiritus Käufer sehr zurückhaltend. Rasse lebhafter, 2600 Sac Santos zu 4½—5½. Zink sehr ruhig. — Wetter fahl.

London, 23. September. Getreidemarkt. (Schlußbericht.) In englischen Weizen ungeschäftslos, zu Marktpreisen schleppendes Geschäft, in fremdem gutes Detailgeschäft zu vorwöchentlichen Preisen. Malzgerste besserer Qualität sehr fest, geringere Sorten schwer verkäuflich. Hafer weniger lebhaft gefragt. Bohnen und Erbsen 1 Sch. höher. — Wetter fahl.